



Änderungs- Anträge

zum Landesparteitag
der SPD Baden-Württemberg
in Donaueschingen

18. November 2017

Inhalt

Bildung	3
Änderungsantrag zum Antrag B2.....	3
Änderungsantrag zum Antrag B2.....	3
Änderungsantrag zum Antrag B2.....	4
Änderungsantrag zum Antrag B5.....	4
Änderungsantrag zum Antrag B5.....	4
Änderungsantrag zum Antrag B5.....	5
Digitalisierung	5
Änderungsantrag zum Antrag D1	5
Änderungsantrag zum Antrag D1	5
Änderungsantrag zum Antrag D1	6
Änderungsantrag zum Antrag D1	6
Änderungsantrag zum Antrag D1	7
Änderungsantrag zum Antrag D1	7
Änderungsantrag zum Antrag D1	8
Änderungsantrag zum Antrag D3	8
Entwicklungspolitik	8
Änderungsantrag zum Antrag EP1	8
Europa	11
Änderungsantrag zum Antrag EUR1	11
Änderungsantrag zum Antrag EUR1	11
Änderungsantrag zum Antrag EUR2	11
Partei und Organisation	12
Änderungsantrag zum Antrag PO1.....	12
Änderungsantrag zum Antrag PO3.....	12

Bildung

Antragsbereich *Ä/ Antrag 1*

Kennnummer 12786
Kreisverband Karlsruhe Stadt

Änderungsantrag zum Antrag B2

Füge in Z. 7 nach „ausfallenden Schulstunden“ ein:
„über einen Zeitraum von vier Wochen digital eingeführt wird. Dazu soll eine einfache Domain mit Benutzer-Profilen für die Schulen eingerichtet werden.“

5 **Begründung:**

1. Das Problem der Stichproben ist die Kürze des Stichprobenzeitraums. Statistisch korrekt führen beispielsweise der Landesrechnungshof in NRW oder die dortige Landeselternschaft durch.

10

2. Das ganze digital zu machen reduziert die Kosten erheblich. Zusätzlich kürzere unangekündigte Stichproben an Schulen, können Missbrauch eindämmen.

Hauptmotiv für die Schulleitungen korrekte Zahlen anzugeben dürfte aber die Zuteilung von Mitteln, sowie die eigene Bedarfsplanung an Lehrpersonal für

15 Unterrichtsausfall sein.

Antragsbereich *Ä/ Antrag 2*

Kennnummer 12787

Juso-Landesverband Baden-Württemberg

Änderungsantrag zum Antrag B2

Ergänze in Zeile 7 nach "wird.": „Die die Statistik durchführenden Lehrkräfte sollen dem Mehraufwand entsprechend in ihrer Deputatsaufstellung entlastet werden.“

Antragsbereich Ä/ Antrag 3

*Kennnummer 12807
Kreisverband Karlsruhe Stadt*

Änderungsantrag zum Antrag B2

Füge in Z. 8 vor dem Punkt „dass nach“ neu ein:
„dass bloße Beaufsichtigung der Schüler bei Lehrerausfall ohne Unterricht oder Übung zum Stoff auch aus anderen Fächern als Unterrichtsausfall gewertet wird.“

5 Begründung:

Dies ist eine wichtige Forderung der verschiedenen Landeselternschaften, der wir uns unter dem Aspekt anschließen sollten, dass reine Beschäftigungsmaßnahmen der Schüler ohne Lehrinhalte vermieden werden sollen. Wir wollen, dass Schüler von Lehrern Inhalte vermittelt bekommen. Die Form und Verteilung der Kompensation (möglicher Stundentausch zwischen den Lehrern einer Klasse, etc.) wollen wir dabei nicht einschränken, wohl aber die Erfassung dessen was als Unterrichtsausfall statistisch erfasst wird.

Antragsbereich Ä/ Antrag 4

*Kennnummer 12793
Kreisverband Heidelberg*

Änderungsantrag zum Antrag B5

Streiche Zeile 23 und 24

Antragsbereich Ä/ Antrag 5

*Kennnummer 12794
Kreisverband Heidelberg*

Änderungsantrag zum Antrag B5

Zeile 25ff: "Die Finanzierung der Auszubildendenwohnheime muss durch die Unternehmen, z.B. eine IHK-Umlage, erfolgen."

Begründung:

5 Keine zusätzlichen Belastungen für Ausbildungsbetriebe. IHK-Umlage kann über Gewinne nach Wirtschaftskraft gerechter verteilt werden.

Antragsbereich Ä/ Antrag 6

*Kennnummer 12795
Kreisverband Heidelberg*

Änderungsantrag zum Antrag B5

Zeile 68ff: "Die Ausbildungswerke sollen durch Beiträge der Unternehmen, z.B. IHK-Umlage, und Zuschüssen aus dem Land finanziert werden."

Begründung:

5
Keine zusätzlichen Belastungen für Ausbildungsbetriebe. IHK-Umlage kann über Gewinne nach Wirtschaftskraft gerechter verteilt werden.

Digitalisierung

Antragsbereich Ä/ Antrag 7

*Kennnummer 12797
Kreisverband Heidelberg*

Änderungsantrag zum Antrag D1

Wir beantragen die Überweisung an die Projektgruppe "Zukunft der Arbeit / Digitalisierung".

Begründung:

5
Der Antrag ist unserer Meinung nach für eine umfassende Behandlung auf dem LPT zu komplex. Die Beschreibungen der aktuellen Entwicklungen sollten noch einmal diskutiert werden und zu einzelnen Kernaussagen in Form von Einzelanträgen entwickelt werden.

Antragsbereich Ä/ Antrag 8

*Kennnummer 12798
AfA Baden-Württemberg*

Änderungsantrag zum Antrag D1

Einfügen in Zeile 141 nach „ist.“:

„Für uns ist klar, dass es eine Absenkung der heutigen Standards, insbesondere

- 5 eine Ausweitung der durchschnittlichen Arbeitszeit nicht geben darf. Die 35 Stunden-Woche muss mit ihrem Einkommen für ein gutes Leben reichen. Die Möglichkeiten der Digitalisierung und die Chancen des technischen Fortschritts müssen dabei auch Instrument für eine selbstbestimmte planbare Arbeitszeit und für stabile, gute Arbeitsbedingungen der Beschäftigten in den Betrieben sein. Aus diesem Grund unterstützen wir die Forderungen der IG Metall in der laufenden Tarifrunde.“

Antragsbereich Ä/ Antrag 9

*Kennnummer 12803
Kreisverband Tübingen
Kreisverband Pforzheim*

Änderungsantrag zum Antrag D1

Füge ein in Z. 183 – Antrag „Die Arbeitswelt der Zukunft“

- 5 „In einem ersten Schritt fordern wir daher, künftig auch für Selbständige eine Pflichtmitgliedschaft in der gesetzlichen Rentenversicherung einzuführen. Darüber hinaus bleibt es unser Ziel, die gesetzliche Rentenversicherung langfristig zu einer Erwerbstätigenversicherung weiterzuentwickeln.“
-

Antragsbereich Ä/ Antrag 10

*Kennnummer 12808
Kreisverband Karlsruhe Stadt*

Änderungsantrag zum Antrag D1

- Füge in Z. 279 nach „in den Blick zu nehmen.“ ein:
„Ein Bonus-Malus-System soll dies verstärken:
Unternehmen, die nicht selbst ausbilden und weiterbilden oder sich nicht an den Möglichkeiten der Weiterbildung durch den Fonds beteiligen, haben stärker zu der Finanzierung des Fonds beizutragen. Eine hohe Weiterbildungsquote tatsächlich teilnehmender Arbeitnehmer eines Unternehmens soll dagegen eine Entlastung von der Komplementärfinanzierung zur Folge haben.“

Begründung:

- 10 „Zuckerbrot und Peitsche“:
Kleine und mittelständische Unternehmen erkennen nicht zwangsläufig die Vorteile gut und vielseitig ausgebildeter Arbeitnehmer innerhalb eines rasant stattfindenden Transformations- und Disruptionsvorgangs auch für das eigene Unternehmen an.
15 Die anfallenden Kosten, die dann sogar zur Insolvenz führen können sind eben disruptiv und daher verzögert aber plötzlich.

20 Daher Malus: Der Staat kann durch tatsächlich anfallende Kosten bei fehlender Weiterbildung hier starke Anreize setzen, die neben der individuellen Beschäftigungsfähigkeit des Arbeitnehmers auch betriebs- wie volkswirtschaftlich (doppelt) Sinn machen.

25 Bonus: Um einen noch stärkeren Anreiz zu setzen die eigenen Arbeitnehmer tatsächlich zu sinnvollen Weiterbildungsmöglichkeiten zu schicken, soll eine hohe Weiterbildungsquote einem Unternehmen einen Bonus, in Form einer Entlastung von der Komplementärfinanzierung bringen. Mit dieser expliziten Koppelung würden wir als SPD sicherstellen, dass die Weiterbildungsbeteiligung der Beschäftigten gegeben ist und es nicht nur bei einer Finanzierung von Beratungen bleibt. Dies macht eine wichtige Forderung des DGB Baden-Württemberg aus der PM 04 vom 19.01.2017 konkret möglich.

*Antragsbereich Ä/ **Antrag 11***

*Kennnummer 12809
Kreisverband Karlsruhe Stadt*

Änderungsantrag zum Antrag D1

Z. 368: Ändern des Wortes Landesinvestitionsagentur in
Landesinnovationsagentur

*Antragsbereich Ä/ **Antrag 12***

*Kennnummer 12810
Kreisverband Karlsruhe Stadt*

Änderungsantrag zum Antrag D1

5 Füge in Z. 383 nach „meistern können“ ein:
„Dabei soll es in der Beratung – je nach individueller Lage des Unternehmens am Markt und mit den (End-)Kunden – darum gehen, sowohl ein Technologie-, Digitalisierungs- als auch ein Innovationskonzept zu erarbeiten. Es soll durch die Beratung die Einsicht reifen, dass Innovationen nicht nur durch Zufall (kleine Unternehmen) oder „Forschung und Entwicklung“ entstehen, sondern in einem Zeitalter disruptiver Methoden nur durch eine Sensibilisierung des gesamten Unternehmens und vor allem führender Mitarbeiter für das Thema Innovation und ihre Treiber, wie z.B. die Digitalisierung. Es gilt die drei Einflussfaktoren des Innovationsmanagements miteinander in Einklang zu bringen, wozu auch der Staat direkt beitragen kann: Wirtschaftliche und soziale Umwelt, das innovierende Unternehmen selbst sowie die Eigenschaften der Technologie.“

10

Antragsbereich Ä/ Antrag 13

Kennnummer 12812

*Ortsverein Neckargartach-Frankenbach
(Kreisverband Heilbronn-Stadt)*

Kreisverband Tübingen

Änderungsantrag zum Antrag D1

Füge ein in Z. 442 nach „... untätig bleiben.“: „Daher fordern wir die Einrichtung eines baden-württembergischen Innovations- und Gründerfonds nach dem Vorbild von BayernKapital.“

Antragsbereich Ä/ Antrag 14

Kennnummer 12813

Kreisverband Karlsruhe Stadt

Änderungsantrag zum Antrag D3

Füge in Z.29 in der Fassung der Antragskommission ein:

"Bei als Flatrate bezeichneten Angeboten soll eine Drosselung nicht erlaubt sein."

Entwicklungspolitik

Antragsbereich Ä/ Antrag 15

Kennnummer 12814

Kreisverband Heidelberg

Änderungsantrag zum Antrag EP1

Ersetzen des Antrags durch: „Zukunft für Afrika und die Welt:

Die SPD fordert auf der Grundlage ihrer Prinzipien von Verständigung,
internationaler Solidarität und gemeinsamer Sicherheit durch Kooperation eine
5 umfassende Afrika-Initiative. Bis zum Jahr 2050 wird in Afrika eine Verdopplung
der Bevölkerung erwartet. Bereits jetzt sind rund 60% der Menschen jünger als 25
Jahre. Diese Menschen fordern eine gleichberechtigte Teilhabe am globalen
Wohlstand. Hierfür Bedingungen zu schaffen und der in weiten Teilen
vorherrschenden wirtschaftlichen Hoffnungslosigkeit entgegenzuwirken, ist

10 entscheidend sowohl für die nachhaltige Bekämpfung von Fluchtursachen, als auch zur Erreichung globaler Gerechtigkeit.

15 Gleichzeitig ist zu berücksichtigen, dass dem demographischen Wandel in Afrika ein demographischer Wandel in China gegenübersteht, dessen Gesellschaft älter wird und schrumpft. Die chinesische Regierung verfolgt das Ziel, die Produktionssektoren, die China ehemals zur „Werkbank der Welt“ gemacht haben, durch Investitionen nach Afrika auszulagern. Die bietet auf der einen Seite Chancen auf eine sog. „demographische Dividende“ für Afrika, birgt aber gleichzeitig die Gefahr, dass sich die von China bekannten Menschen- und Arbeitsrechtsverletzungen in Afrika wiederholen könnten. Auch hier sieht die SPD Baden-Württemberg es als eine Aufgabe der deutschen Entwicklungspolitik an, dem (ggf. durch gemeinsamen Projekte mit China, das lange Empfänger der deutschen Entwicklungshilfe war) steuern einzuwirken.

25 Grundlagen für eine neue SPD-Afrikapolitik sind:

a) Die „Agenda 2063“ – die gemeinsame Vision der Mitgliedsstaaten der Afrikanischen Union (2013)

30 b) die „Nachhaltigkeitsentwicklungsziele 2030“ der Vereinten Nationen (2015)

35 c) die „G20-Africa-Partnership-Initiative“ und der „G20 Compact with Africa“ (2017), in dessen Rahmen sich Deutschland mit anderen G20 Staaten verpflichtet hat, die Bedingungen für private Investitionen und Investitionen in Infrastruktur in die ärmsten Länder Afrikas zu stärken, da sie eine Grundvoraussetzung für starkes, ausgewogenes und nachhaltiges Wachstum darstellen.

40 1. Die SPD Baden-Württemberg fordert eine grundlegende Neuausrichtung der Entwicklungspolitik. Um der rasch wachsenden, jungen Afrikanischen Bevölkerung Perspektiven zu geben, nennt die „Agenda 2063“ der Afrikanischen Union inklusives Wachstum und nachhaltige Entwicklung als ihr erstes Ziel. Was die junge Bevölkerung dazu bringt, ihr Glück in Europa zu suchen, ist – wie bei vielen Migranten-Generationen vor ihnen – wirtschaftliche Hoffnungslosigkeit. Eine nachhaltige Bekämpfung von Fluchtursachen kann nur durch Schaffung von nachhaltigen Wirtschaftsstrukturen vor Ort erfolgen. Die SPD Baden-Württemberg fordert die Anerkennung dieser Realität. Dies setzt eine Verabschiedung von der gegenüber Afrika nach wie vor vorherrschenden Geber-Empfänger-Leitbildern auf der deutschen Seite voraus hin zu einer (von Afrika gewünschten) Partnerschaft auf Augenhöhe. Die Festlegung der Kooperationsschwerpunkte muss mit Afrika und nicht für Afrika erfolgen. Dabei erkennt die SPD an, dass während das Durchsetzen von Nachhaltigkeitsstandards durch staatliche Akteure geleistet werden muss und afrikanische Akteure entsprechend gestärkt werden müssen, für den Aufbau nachhaltiger Wirtschaftsstrukturen Investitionen aus dem Privatsektor unabdingbar sind. Gleiches gilt für die Nachhaltigkeit des Aufbaus von Infrastruktur und öffentlichen Gütern (insb. in den Bereichen Verkehr, Bildung, Gesundheit, Kommunikation und Energieversorgung) mit deutschen oder europäischen Entwicklungsfinanzen: sie kann nur gewährleistet sein, wenn ausreichend wirtschaftliches und Steuereinkommen generiert wird. Daher fordert die SPD Baden-Württemberg einen neuen Entwicklungsansatz, der den Abbau globaler Ungleichheiten durch die Verbindung von Staatshilfen mit Investitionen und Handel befördert. Dieser sollten in Zusammenarbeit mit Afrika sowohl Anreize für deutsche Unternehmen schaffen, insb. in wirtschaftlich schwachen afrikanischen Ländern zu

65 investieren – und so Arbeitsplätze zu generieren, als auch diese Investitionen durch kapazitätsbildende, strukturstärkende Maßnahmen begleiten – gemäß dem Leitbild einer nachhaltigen Gesellschaft.

70 2. Die SPD Baden-Württemberg unterstützt die Länder der Afrikanische Union in ihren Bestrebungen, demokratisch orientierte Staatsordnungen und demokratische Gesellschaften aufzubauen. Ferner unterstützt die SPD Baden-Württemberg das für Afrika bis 2030 gesteckte Ziel einer einheitlichen kontinentalen Regierung und entsprechend interkontinentaler Institutionen gemäß dem Johannesburg-Beschluss der Afrikanischen Union (2015). Weiterhin werden die fortlaufenden Bemühungen des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen um die Einhaltung der Menschenrechte unterstützt.

75 3. Die SPD Baden-Württemberg unterstützt die Ziele der „Agenda 2063“ hinsichtlich der Bekämpfung von bewaffneten Konflikten, Extremismus, Intoleranz, geschlechterspezifischer Gewalt, illegalem Drogenhandel, Menschenhandel und jeglicher Art von illegalem Waffenhandel. Hierbei fordert die SPD insbesondere, die Kooperation im Rahmen des Projekts "Command, Control, Communication and Information (3es) Systems", welches einen Teil des von der EU mitfinanzierten "Early Response Mechanism" bildet, zu intensivieren. Dieses leistet unter afrikanischer Führung wichtige mediatorische Arbeit mit dem Ziel, Konflikte durch frühe Identifikation, Präventionsmaßnahmen und diplomatische Interventionen zu verhindern.

80 4. Die SPD Baden-Württemberg setzt sich für eine gerechte Wirtschaftsordnung ein, welche die Wahrung menschenrechtlicher, arbeitsrechtlicher, umweltschonender, Verbraucherschützender und sozialer Standards bei der Erbringung wirtschaftlicher Leistungen – und somit den Menschen – in den Mittelpunkt stellt. Gerade in Bezug auf Afrika ist hierfür ein Abbau globaler Asymmetrien in Wirtschaft, Handel und dem entsprechenden Wissen unabdingbar. Viele der bestehenden Handelsverträge der EU und Deutschlands mit Afrikanischen Ländern tragen, z.B. durch staatliche Subventionen dazu bei, Entwicklung einheimischer Industrien zu verhindern, bzw. diese zu zerstören. Dies trifft insb. aber nicht ausschließlich auf den Landwirtschafts- und Textilsektor zu – und trägt mittelbar ebenso zu Fluchtursachen bei. Daher fordert die SPD Baden-Württemberg eine Überprüfung der betreffenden Handelsabkommen und –politiken und deren entsprechende Anpassung.

95 100 5. Die SPD Baden-Württemberg fordert die Landesregierung auf, einen neuen partnerschaftlichen entwicklungspolitischen Ansatz für Afrika in Baden-Württemberg umzusetzen. Hierbei sollen Entwicklungspartnerschaften zwischen baden-württembergischen Unternehmen, Gewerkschaften und Verwaltungen und der Stiftung Entwicklungszusammenarbeit Baden-Württemberg (SEZ) auf der deutschen Seite und dem baden-württembergischen Partnerland Burundi geschaffen werden. Ziel der Partnerschaft soll die Verbesserung der Anreize für das Engagement baden-württembergischen Unternehmen in Burundi sein und somit die Schaffung von neuen Wirtschaftsstrukturen vor Ort, die sowohl Arbeitsplätze bieten als auch Einkommenspotentiale durch Handel. Das Engagement der unternehmen soll durch entsprechende berufliche Qualifizierungsprogramme und kapazitätsbildende Maßnahmen durch die SEZ begleitet werden.

Europa

Antragsbereich Ä/ **Antrag 16**

Kennnummer 12815
Kreisverband Heidelberg

Änderungsantrag zum Antrag EUR1

Zeile 65f: "ebenso wie nach einer parlamentarischen Kontrolle der EZB" streichen.

Begründung:

- 5 Ob Zentralbanken unabhängig, wie die Bundesbank, oder parlamentarisch kontrolliert sein sollen, ist eine Grundsatzdiskussion, mit der man diesen Beschluss nicht befrachten sollte.
-

Antragsbereich Ä/ **Antrag 17**

Kennnummer 12816
Kreisverband Heidelberg

Änderungsantrag zum Antrag EUR1

Zeile 79f Satz ersetzen durch: "Eine gemeinsame Lösung zur Verteilung von Geflüchteten, damit Länder mit EU-Außengrenzen, wie Griechenland, Italien und Spanien, diese Last nicht alleine stemmen müssen."

5 **Begründung:**

Es geht um die Außengrenzen und nicht um die Finanzkraft dieser Länder.

Antragsbereich Ä/ **Antrag 18**

Kennnummer 12817
Kreisverband Tübingen

Änderungsantrag zum Antrag EUR2

Ersetze Zeile 1-5 durch: „Tier- und Umweltschutzstandards, die in der EU gelten,

müssen auch bei Produktion und Transport von Lebensmitteln, die in die EU importiert werden, gelten.“

Partei und Organisation

Antragsbereich Ä/ Antrag 19

*Kennnummer 12819
Kreisverband Karlsruhe Stadt*

Änderungsantrag zum Antrag PO1

Füge ein in Zeile 3:

5 "Neben der innerparteilichen Willensbildung muss die innerparteiliche Mitbestimmung gestärkt werden. Die Abstimmung über den Koalitionsvertrag 2013 ist ein gutes Beispiel für die Einbeziehung der SPD Basis gewesen. Die Wahl des Kanzlerkandidaten/der Kanzlerkandidatin sollten ebenfalls durch eine Urabstimmung parteiintern entschieden werden. Ferner kann überlegt werden, wichtige Themen/Entscheidungen durch Beschluss auf dem Bundesparteitag von der Basis entscheiden zu lassen."

Antragsbereich Ä/ Antrag 20

*Kennnummer 12818
Kreisverband Tübingen*

Änderungsantrag zum Antrag PO3

Ersetze im Titel „BRK“ durch „Behindertenrechtskonvention“.